



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 99, September 2014

Kommunalpolitischer Tag der SPD-Zellerau-Mainviertel

Die Umweltstation der Stadt Würzburg

**Umweltbildung, Umweltinformationen,
Abfall- und Umweltberatung**

Freitag, 5. September 2014

17.00 Uhr Treffpunkt an der Umweltstation,
Zeller Straße 44

19.00 Uhr Gemütlicher Ausklang im „Mennas Time Out“,
Frankfurter Straße 1

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind wie immer herzlich eingeladen.

Einen Schritt vor, zwei zurück ...

Die Umweltstation der Stadt Würzburg wurde 1990 als Ausstellungsbeitrag für die Landesgartenschau als Pilotprojekt eingerichtet. Sie war die erste Umweltstation Bayerns. Das Konzept wurde von Mitarbeitern der Stadt und der Universität Würzburg entwickelt. Nach der Landesgartenschau wurde die Umweltstation ab 1991 ein Zentrum für Umweltbildung, Umweltinformationen sowie Abfall- und Umweltberatung. Außerdem ist sie die Koordinationsstelle für die Lokale Agenda 21 in der Stadt Würzburg.

Seit 24 Jahren ist die Umweltstation jetzt am Standort an der Bastion am Zeller Tor verankert. Dieser Standort mitten in der Stadt hat sich bewährt. Die Umweltstation hat ein Netzwerk mit kurzen Wegen aufgebaut, mit dem Deutschhaus-Gymnasium oder regelmäßige Veranstaltungen mit dem Öko-Haus. Sie nutzt das Gelände auf der Bastion sowie den abwechslungsreichen Landesgartenschau-Park.

Mittlerweile ist jedoch das Gebäude nicht nur zu klein sondern auch sanierungsbedürftig. Deshalb beschloss der Werkausschuß am 6.5.2013 (mit nur einer Gegenstimme von

Dr. Zeitler, WL), dass ein neues Gebäude nach neuesten ökologischen und energetischen Gesichtspunkten geplant und direkt hinter dem jetzigen Gebäude errichtet werden soll.

In der Stadtratssitzung am 5.6.2014 stand die nötige Änderung des Bebauungsplanes auf der Tagesordnung. An und für sich kein Problem, schließlich gab es ja den Beschluß des zuständigen Werkausschusses. Wenn nicht Alt-OB und WL-Stadtrat Weber gefordert hätte, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, um in eine Grundsatzdiskussion über den Standort der neuen Umweltstation eintreten zu können. Die daraufhin entstandene Diskussion mit den unterschiedlichsten Standortvorschlägen endete damit, dass die Verwaltung beauftragt wurde, nun noch eine Standortprüfung durchzuführen und diese in Werkausschuß und Stadtrat erneut darzustellen.

Die SPD Zellerau-Mainviertel befürwortet einen Neubau der Umweltstation am jetzigen Standort, der zentral liegt und über eine sehr gute ÖPNV-Anbindung (Bus und Straßenbahn) verfügt.

Die in die Diskussion gebrachten Standorte wie Hubland, Steinbachtal oder Bürgerbräugelände sind allesamt für die Umweltstation nicht sinnvoll. ■

Der Versuch von CSU, WL und FDP, die gute Tradition zu beenden, ist gescheitert. Die SPD als zweitstärkste Fraktion stellt auch weiterhin mit Marion Schäfer-Blake die dritte Bürgermeisterin von Würzburg.

OB Schuchardt sollte sich von seiner Wahlkampfkoalition freischwimmen. ■

Marion Schäfer-Blake dritte Bürgermeisterin

Lange Jahre war es gute Tradition in Würzburg, dass die stärkste Fraktion im Stadtrat den zweiten Bürgermeister und die zweitstärkste Fraktion den dritten Bürgermeister stellt.

Am 5. Mai diesen Jahres fand ein eher billiger Krimi im neu gewählten Stadtrat statt.

Vielen Dank für Ihr Vertrauen, das Sie uns bei der Kommunalwahl im März und bei der Europawahl im Mai 2014 entgegen gebracht haben!

*Ihre Kerstin Westphal
Europaabgeordnete*

*Ihre Gisela Pfannes
Stadträtin*

Ihre SPD Zellerau-Mainviertel-Steinbachtal

Gesagt. Getan. Gerecht.

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner – eine Zwischenbilanz

Die SPD ist der Motor der Bundesregierung. Zentrale sozialdemokratische Projekte sind auf den Weg gebracht. Einige sind bereits verabschiedet, weitere sind in Planung.

Der Mindestlohn – ein historischer Durchbruch

Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde gilt ab 1. Januar 2015 für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Branchen in Deutschland. Davon werden rund 3,7 Mio. Menschen profitieren.

Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung dafür sind aber tariflich vereinbarte Branchenmindestlöhne. Ab 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn dann flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten 6 Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Ausbildungsverhältnisse und für bestimmte Praktika.

Die bereits in 14 Branchen bestehenden tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne sind im Auftrag der Bundesregierung evaluiert worden. Im Ergebnis sind keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung in diesen Branchen festgestellt worden. Auch international ist keine Studie bekannt, die negative Beschäftigungseffekte eines Mindestlohnes belegen würden.

Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende.

Und: Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben haben bessere Arbeitsbedingungen.

Dieses von der SPD durchgesetzte Paket ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig. Es stärkt den fairen Wettbewerb, die Tarifbindung und die Binnenachfrage.

82% sagen
„ja“

zum gesetzlichen Mindestlohn

(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)

Gesagt. Getan. Gerecht.

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner – eine Zwischenbilanz

Der Doppelpass kommt – ein Meilenstein für die Integration

In Deutschland geborene und hier aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden, sie können beide Staatsangehörigkeiten behalten. Der Optionszwang, d. h. sich bis zum 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden zu müssen, entfällt.

Städtebauförderung und Soziale Stadt

Die Bundesmittel der Städtebauförderung erhöhen sich 2014 auf 700 Mio. €. Das Programm „Soziale Stadt“ wird mit 150 Mio. € ausgestattet.

In einer „Strategie Soziale Stadt“ sollen zusätzliche Mittel auch aus anderen Ressorts in den Quartieren gebündelt werden, die besondere Integrationsleistungen erbringen.

Damit ist eine zentrale sozialdemokratische Forderung durchgesetzt. Das ist auch gut für die „Soziale Stadt Zellerau“.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz – die Energiewende meistern

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist der erste Schritt für einen

Neustart der Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet künftig nach einem verlässlichen Plan voran.

Mit dem Erfolg der erneuerbaren Energien bei einem aktuellen Stromanteil von rund 25% ist die Phase der Markteinführung erneuerbarer Energien beendet. Nun rückt deren Integration in den Markt sowie die notwendige Synchronisation mit dem Ausbau der Netze in den Vordergrund.

Um den Strompreis zu stabilisieren wird Überförderung bei der Einspeisevergütung abgebaut und die Förderung auf die besonders kostengünstigen Energieträger Photovoltaik und Wind an Land konzentriert. Neue Anlagen erhalten künftig 12 ct/kWh, nicht mehr 17 ct/kWh wie bisher. Bestehende Anlagen haben Bestandsschutz.

Dies bremst den Anstieg der EEG-Umlage. Sie gleicht die Differenz zwischen dem Preis, den der Strom aus erneuerbaren Energien an der Strombörse erzielt, und der garantierten Einspeisevergütung aus.

Die Befreiungen von der EEG-Umlage für die stromintensive Industrie sind nun europarechtskonform ausgestattet.

Dies sichert Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze.

Die von der SPD durchgesetzte EEG-Reform meistert die Energiewende. Nach 4 Jahren Chaos wird jetzt Kosteneffizienz, eine gerechtere Verteilung der Kosten, Planbarkeit und Investitionssicherheit geschaffen.

Das Rentenpaket – Lebensleistung besser anerkennen

Das Rentenpaket ist am 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Wer 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, kann früher abschlagsfrei in Rente gehen. Auch kürzere Zeiten der Arbeitslosigkeit werden angerechnet. Wer die Voraussetzungen erfüllt, erhält mit 63 Jahren eine abschlagsfreie Rente, 2 Jahre früher als bisher. Die Grenze für diese abschlagsfreie Rente steigt schrittweise bis 2029 auf 65 Jahre an.

Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren sind, bekommen in Anerkennung ihrer Leistung in der Kindererziehung mehr Rente durch die ausgeweitete Anrechnung der Kindererziehungszeiten.

Für alle, bei denen die Gesundheit nicht mehr mitmacht, gibt es eine bessere Erwerbsminderungsrente. Darüber hinaus ist das Rehabudget erhöht, damit mehr Geld für Reha-Leistungen zur Verfügung steht.

Das von der SPD durchgesetzte Rentenpaket schafft mehr Gerechtigkeit und sorgt für konkrete Verbesserungen.

Kleine Kopfpauschale abgeschafft – mehr Solidarität im Gesundheitssystem

Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung richtet sich ab 2015 wieder vollkommen nach den Einkommen der Versicherten. Die sozial ungerechte, einkommensunabhängige kleine Kopfpauschale wird abgeschafft. Dies hat die SPD durchgesetzt.

81% sagen „ja“

zur abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren

(Forschungsgruppe Wahlen, März 2014)

Ab 1. Januar 2015 wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5% auf 14,6% gesenkt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen dann jeweils 7,3%. Über die Höhe prozentualer Zusatzbeiträge können die Krankenkassen selbst entscheiden. Wer den Zusatzbeitrag nicht bezahlen will, kann die Krankenkasse wechseln.

Ziel der SPD bleibt die soziale Bürgerversicherung.

Das will die SPD als nächstes umsetzen

Die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion beschränken und den Missbrauch von Werkverträgen zur Umgehung des Arbeitsrechts bekämpfen: **Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen.**

Eltern mit dem ElterngeldPlus beim Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen: **mehr Zeit und mehr Flexibilität für Familien.**

Die Mietpreisbremse und die Reform des Wohngeldes: **bezahlbares Wohnen in lebenswerten Städten.**

Nach dem Bundeshaushalt 2014 mit der niedrigsten Neuverschuldung seit 40 Jahren (6,5 Mrd. € Nettokreditaufnahme) ab 2015 einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden erreichen: **künftigen Generationen keine neuen Schulden mehr hinterlassen.** ■

70% sagen „ja“

zur Energiewende

(Institut für Demoskopie Allensbach, Juni 2014)

Im Rückblick:**39. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD am 5.3.2014 im Würzburger Hofbräukeller**

OB-Kandidat Muchtar Al Ghusain und Dr. Ralf Stegner (stellvertretender SPD-Vorsitzender) stießen direkt vor der Kommunalwahl auf großes Interesse. Für gute Stimmung vor und nach der Politik sorgte das Winterstein Sintett. ■

**Sanierung Nautiland-Bad – entscheidet endlich!**

Seit Georg Rosenthal nicht mehr OB und Aufsichtsratsvorsitzender der Bäder GmbH ist, herrscht Entscheidungsstillstand.

Zur Erinnerung: am 12.11.2009 hatte der Stadtrat einen einstimmigen Beschluss gefasst, der die Sanierung am Standort zu einem Familien- und Freizeitbad mit Gewährleistung des Schul- und Vereinsschwimmens beinhaltete.

Die im Rahmen der Bürgerwerkstätten 2010 formulierten Anforderungen sind in wesentlichen Teilen in die Planung eingeflossen. Auch für die Außenschwimmbekken gibt es durchgeplante Lösungsvorschläge.

Die Sanierung ist entscheidungsreif. Aber die Mehrheit im Aufsichtsrat der Würzburger Bäder GmbH (und im Stadtrat) entscheidet – seit einem Dreivierteljahr – nicht. Dafür gibt es keinen in der Sache nachvollziehbaren Grund.

Welches Spiel spielt die CSU? Wieder über einen (wesentlich kostspieligeren) Neubau und damit womöglich wieder über den Standort

diskutieren? Das war doch alles schon klar. Welche Interessen stehen dahinter?

Die SPD Zellerau-Mainviertel sagt: entscheidet endlich!

Die SPD setzt sich weiterhin für das Nautiland-Bad und die Eisbahn ein. Würzburg braucht beide Sport- und Freizeitstätten. ■

Wir gratulieren!

Im 2. und 3. Quartal 2014 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Walter Kolbow – 70 Jahre
Berthold Kremmler – 70 Jahre
Dr. Konrad Schliephake – 70 Jahre
Franz Höfer – 75 Jahre
Hiltrud Kornberger – 75 Jahre
Gregor Hartmann – 90 Jahre
Robert Kiesel – 95 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!

Programmkinio Central kommt auf's Bürgerbräugelände

Die Schließung des Corso-Kinos 2009 führte in Würzburg spontan zu Aktionen, die sehr viel Zustimmung fanden, in die Bildung einer aktiven Gruppe mündeten und mit Unterstützung des städtischen Kulturreferenten Muchtar Al Ghusain im September 2010 zur Gründung der Genossenschaft „Programmkinio Würzburg“ führten. Im November 2010 starteten in der Aula des Mozart-Gymnasiums die Vorführungen des Programmkinos. Aufgrund der städtischen Planungen hat das Programmkinio allerdings im „Moz“ keine sichere Zukunft. Deshalb prüfte die Genossenschaft intensiv räumliche Alternativen.

Am 16.7.2014 entschieden die Genossenschaftsmitglieder mit Mehrheit, auf das Bürgerbräugelände zu ziehen. Als Alternative war der Saalbau Luisengarten am Friedrich-Ebert-Ring zur Abstimmung gestanden.

Die Zellerauer SPD begrüßt diese Entscheidung und befürwortet deren Umsetzung.

Das Programmkinio passt sehr gut zum Gesamtkonzept des Kultur- und Kreativzentrums, das auf dem Bürgerbräugelände am Entstehen ist. Das Bürgerbräugelände bietet dem Programmkinio gute Entwicklungsmöglichkeiten. ■

Bürgerbräugelände

Im Mai 2014 fiel der offizielle Startschuß zum Baubeginn am Bürgerbräu. Der erste Bauabschnitt soll bis 2015 abgeschlossen sein und beinhaltet u.a. die Öffnung der Keller und damit des ganzen Geländes zur Frankfurter Straße hin.

Das Konzept des Kultur- und Kreativzentrums mit einer Mischung von Gewerbe und Büronutzung, Sport und Bildung, Kunst und Kultur, Gastronomie und Veranstaltungen, nimmt Zug um Zug reale Gestalt an. Auch eine Reaktivierung und Ergänzung der weitläufigen parkähnlichen Anlage, die das Areal umgibt, ist bereits in Planung. ■

Mehr Infos unter www.buergerbraeu-wuerzburg.de

Schildlein, Schildlein, an der Wand ...

Im Mainviertel gibt es verschiedene Schilder, die den Weg zur Festung Marienberg weisen. Sie sind jedoch alle unterschiedlich in Form, Farbe und Schrift sowie teilweise in ungeschickter Höhe angebracht. Auch die Informationsstele an der Alten Mainbrücke ist verwirrend, die Zeichnung entspricht nur in Teilen der Realität und sie steht nicht in Blickrichtung.

Seit 2010 bemühen sich Anwohner aus dem Mainviertel daran etwas zu ändern, leider bislang erfolglos.

Die SPD Zellerau-Mainviertel unterstützt dieses Anliegen. Wir sollten den Gästen unserer Stadt den Weg zum Kulturgut Festung Marienberg nicht unnötig schwierig machen und auch die Geschäftsleute, die ständig als mehrsprachige Fremdenführer agieren, entlasten.

Deshalb: ein Gesamtkonzept (neudeutsch: „Corporate Design“), Neuanbringen der Schilder an sinnvollen Stellen, Zusammenarbeit mit den Hausbesitzern, die bereits eine Zusage für das Anbringen von Schildern gegeben haben, und Überarbeiten der Informationsstele an der Alten Mainbrücke. ■

Kein Preisschafkopf der Zellerauer SPD mehr

Die Entscheidung fiel nicht leicht. Aber die Schließung des Gasthauses „Zum Onkel“ und auch das allgemein gesunkene Interesse an Schafkopf ließ nach 18 Jahren Preisschafkopf keine andere Wahl.

Die Zellerauer SPD bedankt sich recht herzlich bei den Teilnehmern der vergangenen Jahre für die schönen und geselligen Abende. ■

TTIP: Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

Die SPD ist für Freihandel.

Für Transparenz und gegen Geheimverhandlungen.

Die SPD ist gegen die Aufweichung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards.

Die SPD ist für die Regulierung von Finanzströmen, die Sicherung von Daten- und Ver-

Impressum: SPD Zellerau, www.spd-zellerau.de

V.i.S.d.P. Klaus Friedrich
Weißenburgstraße 3
97082 Würzburg

Satz: Elstersatz, Wildflecken
Druck: bonitasprint, Würzburg
Auflage: 9000



Sprechstunden

unserer Stadträtin
Gisela Pfannes

jeden Samstag
von 9–10 Uhr,
unter ☎ 41 57 52

Die Zellerauer Kulturtage 2014

vom 9. bis 12. Oktober

bieten wieder ein gewohnt abwechslungsreiches Programm. Programme werden ausgelegt und ausgehängt.

braucherschutz und für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte auch in den USA.

Die SPD ist dagegen, dass sich multinationale Konzerne über nationales Recht erheben. Spezielle Investitionsschutzvorschriften sind in einem Abkommen zwischen den USA und der EU nicht erforderlich. ■

Mehr dazu: www.spd.de/aktuelles

Unser Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal

buergerbuero@georg-rosenthal.de
www.georg-rosenthal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46
97070 Würzburg
☎ 99 11 01 61

Unsere Europaabgeordnete Kerstin Westphal

augustin@kerstin-westphal.de
www.kerstin-westphal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 45 25 31 28